

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### *Zensur über die Hintertreppe*

Im Novemberheft 1964 der im 8. Jahrgang in München erscheinenden sehr lesenswerten Zeitschrift *Filmkritik* ist unter der Überschrift „Sind Unterrichtsfilme jugendgefährdend?“ ein Leitartikel von *Herbert Stettner* erschienen, der auf die immer bedenklicher werdenden Methoden der sogenannten Filmselbstkontrolle (FSK) hinweist. Auch wegen der großen Bedeutung des Problems für die politische Bildungs- und Erziehungsarbeit in unseren Schulen geben wir diesen Aufsatz im Wortlaut und mit nachdrücklicher Zustimmung zu den Ansichten des Verfassers wieder:

„Unter der recht unverfänglich klingenden Bezeichnung *Sonder-Wochenbericht Nr. 1* verbreitet die FSK eine fünfundvierzigseitige Hektographie, die erneut beweist, daß diese einst zur Verhütung von Gefahren gebildete Einrichtung selbst zu einer Gefahr geworden ist. Mit dieser neuen Freigabeliste von über tausend Titeln hat sich die FSK das Recht angeeignet, die bisher von der Prüfung ausgenommenen Unterrichtsfilme ihrer Zensurgewalt zu unterwerfen.

Bei dieser Eroberung der pädagogischen Provinz verfahren die FSK-Prüfer beharrlich nach ihren altgewohnten Prinzipien. Kritisches und zur Einsicht Führendes vom Filmpublikum — hier von der Jugend — fernzuhalten, der Demagogie und der Tatsachenverfälschung aber freien Lauf zu lassen. Die Dokumentarfilme *Hitler an der Macht* (eine kritische Beschreibung der ersten Phase der faschistischen Gewaltpolitik) und *Die Machtergreifung* (ein Bericht über die Zerstörung der Weimarer Republik) gab man erst für Jugendliche ab 16 Jahren frei, und für das aufschlußreiche Dokument *Politische Reden 1930 bis 1932* wurde die Grenze gar auf 18 Jahre festgesetzt. Auch den Dokumentarfilm *Hitler rüstet* dürfen erst Achtzehnjährige sehen. *Hitlers Überfall auf Europa* (von der Okkupation Österreichs bis zum Einfall in die UdSSR) kann erst vom 16. Lebensjahr an besichtigt werden, und um *Hitlers Weg in den Krieg* verfolgen zu können, muß man nach Auffassung der FSK ebenfalls 16 Jahre alt geworden sein. Eine gleiche Behandlung erfuhr die Schilderung unseres militärischen Zusammenbruchs 1945 *Dem Ende entgegen*. Mit Hilfe der Sechzehn-Jahres-Grenze wurde auch dieser Film dem Volksschulalter entzogen. *Mauthausen mahnt*, ein eindringlicher Film von Piero Nelli, erschien den Biebrichern natürlich auch erst ab 16 Jahre tragbar, und Peter Schamonis Film *Mißbraucht*, der Hitlers Jugendverführung entlarvt, darf jetzt gar erst ab 18 Jahren gezeigt werden.

Diese Zurückhaltung bei Filmen, die unsere politische Vergangenheit erkennen helfen, legen die Filmkontrolleure freilich sofort ab, als

es darum ging, die im nichtgewerblichen Kurzfilmsektor üppig wuchernde Bonner Regierungspropaganda einzustufen. Den üblen Manöverschinken *Die Bundeswehr im Jahr 1958* gab man bedenkenlos schon für Kinder von sechs Jahren frei, und gleicher Großzügigkeit befeiligte man sich auch bei den einfältigen Bundesmarine-Schnulzen *Lockende See* und *Liebe zur See*, indem man sie bereits für Schulanfänger zuließ. *Die Freiheit zu schützen*, eine plumpe Werbung fürs fröhliche Offiziersleben, darf ebenfalls schon Grundschulkindern gezeigt werden, und wenn von Heimat, Scholle und Erdverbundenheit die Rede ist, wie in dem Film *Ostpreußen, deutsches Ordensland* — einem Machwerk aus dem Jahr 1940! —, dann dürfen gleichfalls bereits die Sechsjährigen hineinmarschieren. *Mensch und Technik in der Bundeswehr*, ein raffinierter Versuch, die Armee als Schule des Lebens zu tarnen, darf ebenso wie die *Herbstübungen des Heeres 1958* (Manöver unter kriegsmäßiger Bedingungen) schon den ganz Kleinen ab sechs Jahren präsentiert werden. Auch Erhards Wirtschaftspolitik (*Das Glück der Freiheit*) und den *Deutschen Katholikentag 1952* begreifen nach Meinung der FSK schon sechsjährige Knirpse, und allen gefilmten Staatsbesuchen der Bonner Minister können Kinder ab sechs anstandslos beiwohnen. Um aber einen Film über Kundgebungen am *1. Mai 1961* sehen zu dürfen, muß man jetzt achtzehn sein!

In diesem Sonder-Wochenbericht Nr. 1 hat die FSK ihre politischen Ziele offen dargelegt: Schützenhilfe für die Politik der Bundesregierung und Knebelung aller Andersdenkenden. Die Hauptbetroffenen dieser neuen Zensurmaßnahme sind die Bundesländer, denn sie bestimmen in einer gemeinschaftlich gegründeten und finanzierten Einrichtung (Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, München) die Produktion und die Tendenz der Mehrzahl dieser jetzt reglementierten Unterrichtsfilme. Die gleichen Bundesländer sind es allerdings auch, die der FSK die Befugnis der Jugendfreigabe von Filmen übertragen haben und sich ihrer Ausschüsse als „gutachtlicher Grundlage“ bedienen. Jedes Bundesland hat sich nach abgeschlossener Jugendprüfung aber das Appellationsrecht vorbehalten, und man möchte hoffen, daß sich die Länder diese neuerlichen Zensurübergriffe nicht gefallen lassen und von ihrem Berufungsrecht Gebrauch machen. Aus Nordrhein-Westfalen wurde bereits bekannt, daß man in Biebrich Protest einlegen wird.“

### *Verblüffende Parallelen*

Nach der Ermordung des Präsidenten *John F. Kennedy* veröffentlichten wir (GM Januar 1964) ein erstaunliches historisches Dokument: einen von *Karl Marx* entworfenen Brief, den die Internationale Arbeitsassoziation nach der

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Ermordung des Präsidenten *Abraham Lincoln* an dessen Nachfolger, Präsident *Andrew Johnson*, richtete. „Die Parallelen sind atemberaubend“, kommentierten wir damals.

Wie verblüffend die Parallelen nicht nur der historischen Situation, sondern auch in einer ganzen Reihe von Details der äußeren Vorgänge sind, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung, die wir der amerikanischen Zeitschrift *Newsweek* entnehmen:

Beide Präsidenten, Lincoln und Kennedy, 1960. Kennedy war 1946 Mitglied des Repräsentantenhauses geworden, Lincoln 1846.

Beide Präsidenten, Lincoln und Kennedy, setzten sich für eine Bürgerrechts-Gesetzgebung ein.

Die Ehefrauen beider Präsidenten hatten während ihres Aufenthaltes im Weißen Haus den Verlust von Kindern zu beklagen.

Lincolns Sekretär — er hieß Kennedy — riet ihm, nicht ins Theater zu gehen. Kennedys Sekretärin — sie hieß Mrs. Lincoln — riet ihm, nicht nach Dallas zu reisen.

Beide Präsidenten wurden an einem Freitag erschossen, und beide in Gegenwart ihrer Frauen.

John Wilkes Booth (der Lincoln-Mörder) und Lee Harvey Oswald waren Südstaatler, die sich für „unpopuläre Ideen“ einsetzten. — Booth und Oswald wurden ermordet, bevor es möglich war, sie vor ein Gericht zu stellen. — Booth war 1839 geboren, Oswald 1939.

John Wilkes Booth erschoss Lincoln in einem Theater und lief dann in ein Lagerhaus. Oswald erschoss Kennedy von einem Lagerhaus aus und lief dann in ein Theater.

Lincoln wurde in Ford's Theater erschossen. Der Wagen, worin Präsident Kennedy erschossen wurde, trug die Marke Lincoln und war ein Produkt von Ford.

Ihre Nachfolger hießen beide Johnson und waren beide demokratische Senatoren aus dem Süden. — Andrew Johnson wurde 1808 geboren, Lyndon Johnson 1908.“

### Hinweise

In diesen Wochen, in denen viel über das sogenannte Judenschema des Konzils gesprochen und geschrieben wird, mag der folgende Hinweis interessieren. Die *New Yorker Monatsschrift Commentary* veröffentlichte in ihrem im September 1964 erschienenen Heft einen Aufsatz „The Trial of Jesus“ (Der Prozeß Jesu) von *Paul Winter*. In diesem Aufsatz legt der Verfasser, der auch in Deutschland verschiedene Beiträge zu diesem Thema veröffentlicht hat, dar, daß sich aus dem ältesten Passionsbericht eindeutig ergibt, daß Jesus von römischen Truppen in Gewahrsam genommen wurde und von Römern wegen Majestätsver-

brechen (Hochverrat) einvernommen und verurteilt wurde. Ein Verfahren vor jüdischen Behörden und Jesu Verurteilung wegen irgendwelcher religiöser Vergehen hat nie stattgefunden. Die in zwei der vier Evangelien gegebene Schilderung eines jüdischen Gerichtsverfahrens ist legendären Ursprungs und stammt aus einer Zeit, als die Christengemeinde in Rom, welcher der Verfasser des Markus-evangeliums angehörte, sich nach der Niederwerfung des jüdischen Aufstands im Jahr 70 von Juden unterscheiden und in römischen Augen unterschieden werden wollte. Paul Winter ist der Verfasser eines im Verlag de Gruyter, Berlin, erschienenen Buches über den Prozeß Jesu von Nazareth.

Am 19. November 1964 ist in Paris die erste Nummer einer großen Wochenzeitung der unabhängigen Linken erschienen: *Le Nouvel Observateur*. Die Redaktion hat sich aus dem Zusammenschluß von Journalistenequipen des bisherigen „France Observateur“ und des früheren „Express“ gebildet. Männer wie Sartre, Mendès-France, Jean Vilar und viele andere haben spontan ihre Mitarbeit und Unterstützung zugesagt. Die uns vorliegende Nr. 1 macht einen glänzenden Eindruck und läßt vermuten, daß wir diese französische Wochenzeitung in Zukunft öfter an dieser Stelle zitieren werden.

In der November-Ausgabe 1964 der von Werner Behr redigierten DGB-Zeitschrift *Der Deutsche Beamte* ist eine sehr lesenswerte Abhandlung „EWG braucht mehr Demokratie — In Europa herrschen die nationalen Ministerialbürokratien ohne parlamentarische Kontrollen“ von *Gerhard Kroebel* erschienen.

„Wie kann die Krise unseres Parlamentarismus überwunden werden?“ fragte Prof. *Kurt Eichenberger* (Universität Basel) in einem Aufsatz, in dem er sich „für eine radikale Strukturreform der staatlichen Gewalten“ und für „Aufwertung des Parlaments“ durch Beschränkung auf die zwei „kapitalen Obliegenheiten“ der Kontrolle einerseits und der letzten Kompetenz bei entscheidenden Staatsakten „ohne Erwartung einer materiellen Mitgestaltung“ andererseits einsetzt. Obwohl sich die im *Tages-Anzeiger Zürich* (17. November 1964) erschienene Untersuchung konkret auf Probleme der schweizerischen Demokratie bezieht, könnte sie doch auch zur Befruchtung der Diskussionen in anderen Ländern, nicht zuletzt bei uns, anregend beitragen.

„Zur Entwicklung der sozialen Struktur der mitteldeutschen Bevölkerung“ hat Dipl.-Kfm. *Peter Mitzscherling* eine gründliche Untersuchung verfaßt, die in den vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) herausgegebenen *Vierteljahresheften zur Wirtschaftsforschung* (1964, 3. Heft) erschienen ist. W. F.